

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 2 (1976)
Heft: 9

Artikel: Petition an den Bundesrat
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358474>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lieber in die Poliklinik

Wegen Ausfluss suchte ich den Frauenarzt auf. Dieser verordnete mir Medikamente, ohne vorher einen Abstrich gemacht zu haben. Ueber ein halbes Jahr blieb ich in Behandlung und nahm täglich Medikamente. Dann schliesslich schloss der Arzt die Behandlung ab, wiederum ohne einen Abstrich

dass die Therapie gegen Ausfluss an der Poliklinik sich nie auf ein halbes Jahr erstreckte, sondern meist nur auf zwei Wochen. Der privat praktizierende Arzt, den ich zuerst aufgesucht hatte, arbeitete auch sonst unsorgfältig: die Abgabe der Pille erfolgt kommentarlos (keine Anga-



zu machen, d.h. er konnte also nicht feststellen, ob die Infektion abgeklungen war. Ich musste weiterhin Medikamente anwenden (lokal) nach persönlichem Ermessen. Da mir die ganze Angelegenheit immer unheimlicher wurde, ging ich in die gynäkologische Poliklinik. Dort wurde sogleich ein Abstrich gemacht und genau untersucht. Der behandelnde Arzt teilte mir mit, dass keine Infektion mehr bestehe und ich sofort mit den Tabletten Schluss machen solle. Was an Ausfluss noch da sei, gehe nicht auf eine Infektion zurück, sondern wahrscheinlich auf eine vermehrte Sekretion infolge Pille. Der Arzt teilte mir ausserdem mit, dass die Ursache des Ausflusses nur durch einen Abstrich geklärt werden kann und

ben darüber, wann sie wirkungslos ist und keine Untersuchung, ob ev. Krankheiten vorliegen, die eine Einnahme nicht gestatten). Seither gehe ich nur noch in die Poliklinik, weil sie sich dort Zeit nehmen und meine Fragen zu beantworten versuchen und bereit sind, die nötigen Untersuchungen zu machen.

Spontane Aktionen

Spontan gingen diesen Sommer Frauen auf die Strasse mit Transparenten, Unterschriftenbögen, Flugblätter; darunter waren Frauen, die vorher nie so etwas gemacht hätten. Doch jetzt fanden sie alle: so lassen wir nicht weiter mit uns verfahren! Jetzt ist's genug.
Worum es ging: Infolge der Kürzung der Bundessubventionen an die Krankenkassen um rund 10 %, empfahl das schweizerische Krankenkassenkonkordat den Krankenkassen, die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen künftig nicht mehr zu bezahlen.

Bern: 5000 Bernerinnen unterschrieben an nur vier Sammeltagen die Krebsabstrich-Petition der Progressiven Frauen Bern (PFBe), der Frauenbefreiungsbewegung (FBB), der schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen und der Arbeitsgruppe Medizin. Gefordert wird das Recht der Frauen auf einen gründlichen und sozialen Gesundheitsschutz, Übernahme der gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen durch die Krankenkassen; um eine Prämien-erhöhung zu vermeiden, sollen diese direkt vom Kanton subventioniert werden. Die gleichen Forderungen stellte Grossrat Beat Schneider, POCH, im Grossen Rat. Sein Vorstoss wird im November im Rat behandelt werden.

Zürich: In einem Protestbrief ans kantonale Krankenkassenkonkordat verlangten die PF Zürich und die FBB, dass die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen weiterhin von den Kassen bezahlt werden. Die innerhalb kurzer Zeit gesammelten 4000 Unterschriften zeigen, dass auch hier die Frauen genug haben von einer Gesundheitspolitik, die immer mehr verlangt - die Prämien steigen beständig - und immer weniger gibt.

Solothurn: Kantonsrat Hafner, POCH, setzte sich in einem Vorstoss im Kantonsrat für die Frauen ein. Er forderte direkte Subventionierung der Frauenprämien. Der Regierungsrat solle Einfluss nehmen auf die Verhandlungen zwischen Kassen und Aerzteschaft, damit die Vorsorgeuntersuchungen in die Pflichtleistungen der Kassen aufgenommen würden.

Genf: Rund 200 Frauen zogen in einem Demonstrationzug vor den Sitz der Vereinigung der Genfer Krankenkassen sowie zum Departement für soziale Fürsorge und des öffentlichen Gesundheitswesens. Sie protestierten damit gegen diese Einsparungen auf dem Rücken der Frauen.

Zum Reden keine Zeit

In Bern gibt es eine Untersuchungsstelle für Krebsfrüherfassung bei Frauen. "Krebs ist eine Volksseuche und man muss vorgehen wie bei anderen Volksseuchen auch", sagte der Gesundheitsdirektor. Hier werden ein Krebsabstrich und eine Brustuntersuchung gemacht. Immerhin etwas! Aber: jede Frau muss sofort Fr. 50.- in bar zahlen. Für einen Vaginalabstrich, eine Gebärmutterkontrolle oder Laboruntersuchungen von Blut und Urin muss sie zu einem anderen Arzt gehen.

Geht es den Gynäkologen nur darum, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele 50-Franken-Scheine zu kassieren? Hat man Beschwerden, ist es sinnlos, in diese Untersuchungen zu gehen. "Zum Reden ist hier keine Zeit, gehen Sie zu Ihrem Privatarzt, wenn sie etwas haben", sagt schon im Wartezimmer ein Tonband.

Frechheit!

Eine Frau wurde von ihrem Frauenarzt beim ersten Besuch von oben bis unten gemustert. Sein Kommentar: "Si würdet en hübschi Schwangeri gä."

emanzipation

Jahresabonnement Fr. 5.—
Unterstützungsabo. Fr. 10.—

Ich abonniere die (emanzipation)

Name

Vorname

Beruf

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Einsenden an: (emanzipation)
Postfach 338, 4001 Basel
PC 40-31468

PETITION an den BUNDES RAT

Die Unterzeichneten fordern den Bundesrat auf, alles zu tun, dass

1. die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen sofort und zu einem einheitlichen Tarif wieder von den Kassen übernommen werden, und dass endlich alle Frauen in den Genuss dieser Untersuchungen kommen.
2. anlässlich der "kleinen Revision" des KUVG der Grundsatz gleiche Prämien für Mann und Frau verwirklicht wird.
3. Absatz 4 des schon 1945 vom Volk angenommenen Familienschutzartikels betreffend die Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung in Realität umgesetzt wird.
4. durch die Einrichtung einer Familienversicherung Familien wirkungsvoll entlastet werden.

NAME	VORNAME	BERUF	ADRESSE	PLZ WOHNORT

Spenden

Unsere Kampagne kostet Geld! Bitte unterstützt diese Petition auch finanziell! SPENDEN erbeten auf PC 40 - 15637.